



European Commission  
Directorate-General for Competition, Unit A1  
Antitrust Registry  
1049 Bruxelles / Brussel  
Belgique / België

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22  
1040 WIEN  
[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

Ref.: HT.5454

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel <b>501 65</b>	Fax <b>501 65</b>	Datum
-	WP-GSt/Gi/Ga	Ulrike Ginner	DW 12142		2022-04-26
		Helmut Gahleitner	DW 12550		

## Konsultation bezüglich Überarbeitung der horizontalen Gruppenfreistellungsverordnungen und der Leitlinien

Die Bundesarbeitskammer (BAK) ist die gesetzliche Interessenvertretung von rund 3,7 Mio ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in Österreich. Sie vertritt ihre Mitglieder in allen sozial-, bildungs-, wirtschafts- und verbraucherpolitischen Angelegenheiten auf nationaler sowie auch auf EU-Ebene. Darüber hinaus ist die BAK Teil der österreichischen Sozialpartnerschaft. Die BAK ist im EU-Transparenzregister unter der Nummer 23869471911-54 registriert.

Die BAK bedankt sich für die Einladung zur Stellungnahme zu den Entwürfen der EU-Kommission betreffend die Horizontalen Gruppenfreistellungsverordnungen - GVOs (Forschung & Entwicklung bzw Spezialisierung) sowie der begleitenden Horizontal-Leitlinie.

Vorweg möchten wir auf unsere Stellungnahme vom 14.01.2020 zu diesem Themenbereich verweisen. Wie bereits darin hingewiesen, begrüßt die AK eine „neue“ adaptierte GVO unter den aktuellen Aspekten von Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Diese dient auch der Rechtssicherheit für die betroffenen Unternehmen.

Im Einzelnen möchte die AK zum Verordnungsentwurf wie folgt Stellung nehmen:

### **Zu Artikel 6 Abs 3 GVO F&E**

Grundsätzlich sehen die beiden Horizontal-GVOs die Freistellung bis zu einem Marktanteil von 25 % vor.

Um den Wettbewerb dauerhaft wirksam zu schützen, wird im Entwurf darüber hinaus vorgeschlagen, nur dann solche F&E-Vereinbarungen freizustellen, wenn gewährleistet ist, dass zumindest drei vergleichbare konkurrierende F&E-Anstrengungen verbleiben.

Die AK macht hinsichtlich dieses Punktes darauf aufmerksam, dass nach wettbewerbsökonomischen Grundsätzen erst dann ausreichender Wettbewerb garantiert ist, wenn mindestens fünf Wettbewerber vorhanden sind. Aus Wettbewerbsgesichtspunkten sollte daher in der GVO fixiert werden, dass zumindest vier weitere konkurrierende F&E-Anstrengungen verbleiben müssen.

### **Zu Artikel 6 Abs 5 GVO F&E**

Im Entwurf hat die EU-Kommission eine zweijährige Übergangsfrist ab Überschreiten des Marktanteils von 25 % vorgesehen. Auf der einen Seite bietet diese neue Übergangsfrist Rechtssicherheit für Unternehmenskooperationen, andererseits gibt es gerade im Digitalbereich Märkte, bei denen sich steigende Marktanteile sehr rasch verfestigen (zB Plattformwirtschaft). Aus Sicht der AK bedarf es daher einer Differenzierung, eine generelle Anwendung auf alle Wirtschaftssektoren erscheint überschießend. Im Verordnungsvorschlag sollten deshalb jene Bereiche definiert werden, die in den Geltungsbereich der Übergangsfrist fallen, weil keine wettbewerblchen Probleme selbst bei kurzfristigem Überschreiten der Schwellenwerte zu erwarten sind.

### **Zu Art 13 – Geltungsdauer**

Die Geltungsdauer der Horizontalen GVOs soll – wie auch bei den Vorgänger GVOs – zehn Jahre betragen. Die AK erachtet es als zweckmäßig, in Hinblick auf die schnelllebige wirtschaftliche Entwicklung – in diesem Zusammenhang spielen auch die geopolitischen Entwicklungen eine wesentliche Rolle – eine Verkürzung der Geltungsdauer vorzunehmen, damit zeitnah auf Zukunftsszenarien Rücksicht genommen werden kann.

### **Entwurf Horizontal-Leitlinien – Nachhaltigkeitsvereinbarungen**

Die AK begrüßt es, dass ein eigenes Kapitel über Nachhaltigkeitsvereinbarungen in die Horizontal-Leitlinien aufgenommen wird.

Die Leitlinien nehmen eine klare Abgrenzung vor, welche Umstände vorliegen müssen, damit eine Nachhaltigkeitsvereinbarung unter die GVO fällt oder, falls diese nicht anwendbar ist, eine Einzelfreistellung nach Art 101 Abs 3 gerechtfertigt ist. Aus KonsumentInnen-sicht zeigt die EU-Kommission bei dieser Abgrenzung die Vorteile, die KonsumentInnen entstehen müssen (direkt oder indirekt) klar und deutlich auf. Dies wird aus Sicht der AK begrüßt, weil dadurch vermeintliches „green-washing“ von vornherein als unzulässig erachtet wird. Unter den aufgezeigten Prämissen sind die Leitlinien geeignet, einen Qualitätswettbewerb im Bereich Nachhaltigkeit auf horizontaler Ebene zu fördern. Die Ausführungen in den Leitlinien fügen sich damit in die größeren Vorhaben auf EU-Ebene ein, nämlich Transition Pathways zu identifizieren, die einen unternehmens- und sektorübergreifenden Charakter haben.

**Zu Rn 562**

Der Begriff „sustainability systems“ wird zu eng definiert („Sustainability standardisation agreements usually provide rules, guidelines or characteristics for products and production methods on such sustainability metrics and are sometimes referred to as sustainability systems...“).

Vorgeschlagen wird, explizit den Themenbereich Ökologisierung von Arbeit und Arbeitsorganisation (nachhaltige Arbeitszeitmodelle, Personalplanung, Aus- und Weiterbildungssysteme) als weitere Gegenstände für F&E-Vereinbarungen aufzunehmen. Nach Ansicht der AK wird der Faktor Arbeit und die damit einhergehende soziale Dimension von Nachhaltigkeit nicht gebührend berücksichtigt. Aus ArbeitnehmerInnenansicht muss das EU-Wettbewerbsrecht ebenfalls Lösungen für die gesellschaftlichen Herausforderungen durch die Dekarbonisierung und Digitalisierung im Rahmen freistellbarer Kooperationen unterstützen. Es ist wichtig, dass ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen von freistellbaren Kooperationen entsprechend profitieren.

**Zu Rn 621 „Beispiel 5“**

In dieser Darstellung wird die durchschnittliche Lebensdauer einer Waschmaschine der Kategorie A-E mit 5 Jahren angegeben. Diese Zeitangabe könnte nach Ansicht der AK die Unternehmen ermutigen, Haushaltsgeräte mit eben dieser Lebensdauer zu produzieren und somit die Bestrebungen der EU-Kommission zur Hintanhaltung einer von Unternehmen geplanten Obsoleszenz (insbesondere zum RL-Entwurf „Empowering consumers for the green transition“) zu konterkarieren.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

Für Fragen stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

**Ulrike Ginner**

T: +43 (0) 1 501 65 12142

[ulrike.ginner@akwien.at](mailto:ulrike.ginner@akwien.at)

sowie

**Helmut Gahleitner**

T: +43 (0) 1 501 65 12550

[helmut.gahleitner@akwien.at](mailto:helmut.gahleitner@akwien.at)

und

**Alice Wagner**

(in unserem Brüsseler Büro)

T +32 (0) 2 230 62 54

[alice.wagner@akeuropa.eu](mailto:alice.wagner@akeuropa.eu)